



Ausschreibung im offenen Verfahren

Phosphorrecycling Kanton Zürich (PKZ)

Verfahrens- und Standortevaluation und Machbarkeitsstudie

TEIL A

Allgemeine Angaben zur Ausschreibung

Ausschreibende Stelle

Stadt Zürich
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich
Klärwerk Werdhölzli
Bändlistrasse 108
8010 Zürich

Zürich, 14.10.2021

Inhalt

1	Ausgangslage	4
2	Ausgeschriebene Leistung	4
3	Geltendes Recht	5
4	Ausschreibende Stelle	5
5	Projektorganisation	6
6	Aufbau der Ausschreibungsunterlagen	6
7	Vorgaben für ein Angebot	7
7.1	Rückfragen	7
7.2	Angebotsabgabe und Abgabetermin	7
7.3	Angebotsöffnung	7
7.4	Unternehmervarianten	7
7.5	Teilangebote	7
7.6	Arbeitsgemeinschaften (ARGE)	7
7.7	Subplaner	7
7.8	Sprache und Angebotsunterlagen	7
7.9	Bindefrist	8
7.10	Entgeltlose Offertstellung	8
7.11	Begehung	8
8	Aufbau des Angebotes und der Beilagen	8
9	Bedingungen / Eignungskriterien	9
9.1	Offerteingabeformular	9
9.2	Erklärung des/r Anbieters/in	9
9.3	Selbstdeklaration / Bestätigung der Anbietenden	9
9.4	Angaben zum/r Anbieter/in	9
9.5	Verhaltenskodex	9
9.6	Firmenreferenzen	9
10	Zuschlagskriterien	10
10.1	ZK1 Angebotspreis (Gewichtung 50%)	10
10.2	ZK2 Erfahrung Schlüsselpersonen (Gewichtung 45%)	10
10.3	ZK3 Anteil Lehrstellen (Gewichtung 5%)	11
11	Zuschlag	11
12	Arbeitsschutz, Gesamtarbeitsverträge	11
13	Anerkennung der Ausschreibung	11
14	Urheberrechte	12

15 Anwendbares Recht / Gerichtsstand	12
16 Weitere Beschaffungen / Folgeaufträge	12
17 Rechtsmittelbelehrung	12

1 Ausgangslage

Gemäss der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA, Art. 15) ist bis 01. Januar 2026 sicherzustellen, dass Phosphor aus dem kommunalen Abwasser, Klärschlamm, Klärschlammasche und phosphorreichen Abfällen zurückgewonnen und stofflich verwertet wird. Zudem sind die enthaltenen Schadstoffe nach dem Stand der Technik zu entfernen.

Mit dem Regierungsratsbeschluss 1035 vom 31. August 2011 wurde der kantonale Klärschlamm-Entsorgungsplan festgesetzt und in diesem Zusammenhang der Stadt Zürich die Klärschlamm Entsorgung für den Klärschlamm aus dem gesamten Kanton Zürich zugewiesen. ERZ hat daraufhin die Klärschlammverwertungsanlage (KSV) auf dem Areal des Klärwerks Werdhölzli realisiert und betreibt diese seit dem 01. Juli 2015 erfolgreich. Die produzierte Klärschlammasche wird zurzeit in einer Monodeponie zwischengelagert.

Im Sinne des Regierungsratsbeschlusses und der anschliessenden Realisierung der Klärschlammverwertungsanlage wurde der Fokus auf die Rückgewinnung von Phosphor aus der Klärschlammasche gelegt. Somit werden andere Verfahren, welche Phosphor direkt aus dem Abwasser oder unverbranntem Klärschlamm rückgewinnen wollen, nicht mehr weiter betrachtet.

ERZ beteiligt sich bereits seit einigen Jahren an der Entwicklung des Phos4Life-Verfahrens, welches in Emmenspitz auf dem Areal des Zweckverbands der Abwasserregion Solothurn-Emme (ZASE) und der KEBAG umgesetzt werden soll. Voraussichtlich kann das Phos4Life-Verfahren am Standort Emmenspitz jedoch nicht bis 01. Januar 2026 realisiert werden, da der erforderliche Platz infolge anderer Projekte erst ab dem Jahre 2026 zur Verfügung steht. Aus diesem Grund hat sich der Kanton Zürich dazu entschlossen, die Umsetzbarkeit einer eigenen, kantonalen Phosphorrecyclinganlage zu prüfen.

Mit dem neuen Regierungsratsbeschluss 0202 vom 03. März 2021 wurde der Klärschlamm-entsorgungsplan mit der Umsetzung der Phosphorrückgewinnung in zwei Schritten ergänzt. Im ersten Schritt wurde die Stadt Zürich als Inhaberin der Klärschlammasche eingeladen, bis Ende 2023 eine konzeptionelle Lösung zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlammasche auszuarbeiten. Im zweiten Schritt wird der Regierungsrat die Phosphorrückgewinnung und die dazu nötigen Anordnungen festlegen.

Die Stadt Zürich als Inhaberin der Klärschlammasche wurde von der Baudirektion des Kantons Zürich aufgefordert, einen konzeptionellen Lösungsvorschlag für die Phosphorrückgewinnung auszuarbeiten, so dass die Phosphorrückgewinnungspflicht erfüllt werden kann.

Ein sofortiger, effektiver Verfahrensentscheid lässt sich aufgrund der aktuellen Entwicklungsstände nicht fällen. Es ist allerdings zu erkennen, dass einige vielversprechende Verfahren kurz vor dem Durchbruch stehen bzw. bereits grosstechnische Anlagen in der Planung bzw. Umsetzung sind.

2 Ausgeschriebene Leistung

Das Projekt ist in zwei Teile mit folgenden Hauptaufgaben / Leistungsbereichen unterteilt:

- A) Verfahrens- und Standortevaluation
- B) Machbarkeitsstudie mit Wirtschaftlichkeitsberechnung

In einem ersten Schritt ist eine Verfahrens- und Standortevaluation für Phosphorrecyclingverfahren aus Klärschlammasche (KSA) auszuarbeiten. Hierfür soll zum einen eine verfahrenstechnische Marktanalyse durchgeführt werden, welche den aktuellen Stand der verschiede-

nen Recyclingverfahren mit KSA, der Anforderungen und Rahmenbedingungen, die Verwertung der Produkte, Nebenprodukte und Reststoffe sowie eine mögliche Umsetzbarkeit für den Kanton Zürich aufzeigt. Hierbei gilt es insbesondere darzulegen, welche potentiellen Abnehmer für das jeweilige Produkt bestehen und in welcher Form die stoffliche Verwertung der Nebenprodukte und Reststoffe erfolgen kann. Zum anderen sollen potentielle Anlagenstandorte im Kanton Zürich, an welchen eine mögliche P-Recyclinganlage erstellt und betrieben werden könnte, ermittelt werden. Die Voraussetzungen für einen möglichen Anlagenstandort bilden hierbei vor allem die zur Verfügung stehenden Platzverhältnisse und dass ein ausreichend grosser Vorfluter vorhanden ist. Weiterhin sollen möglichst viele Synergien (Energie, Chemikalien, Infrastruktur, ausgebildetes Personal) optimal genutzt werden und eine gute Verkehrsanbindung verfügbar sein. Für die ermittelten Standorte muss zudem die Raumplanungskonformität gegeben sein und das Einverständnis des Standortinhabers vorliegen.

Im zweiten Schritt soll dann für die 2 vielversprechendsten Standorte eine Machbarkeitsstudie mit min. 3 möglichen Verfahren durchgeführt und deren Umsetzbarkeit, Wirtschaftlichkeit und ökologischer Nutzen nachgewiesen werden. Zudem sind die Anforderungen einer möglichen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu berücksichtigen. In die Machbarkeitsstudie sollen abschliessend auch die Ergebnisse des Vorprojekts Phos4Life einfließen und in den Variantenvergleich als Benchmark mit einbezogen werden.

Ziel ist es, dem Kanton Zürich bis Ende 2023 eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlammasche zu erarbeiten, sodass die Phosphorrückgewinnungspflicht erfüllt werden kann. Um das Ziel zu erreichen, muss die Machbarkeitsstudie bis Ende August 2023 finalisiert abgeschlossen sein.

Der/Die Anbieter/in hat dabei die Arbeiten gem. Teil B, Vertragsentwurf mit Leistungsbeschreibung, zu leisten.

3 Geltendes Recht

Diese Ausschreibung erfolgt in Anwendung des Gesetzes über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das Beschaffungswesen (IVöB) und der Submissionsverordnung des Kantons Zürich (SVO).

Die Ausschreibung erfolgt im **offenen Verfahren** (nicht Staatsvertragsbereich).

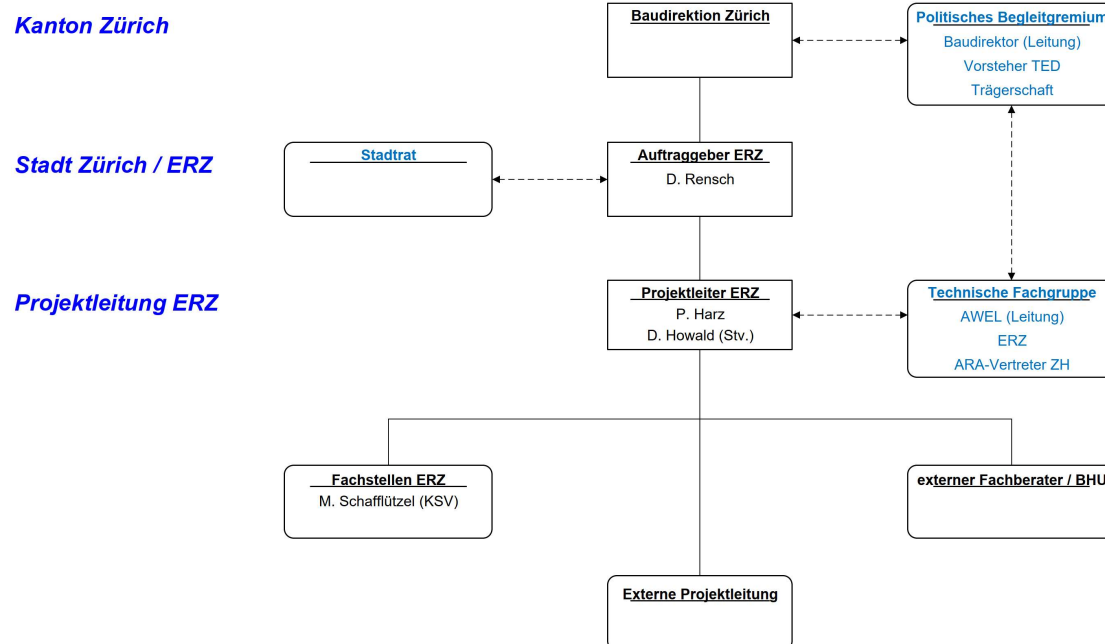
Die vorliegende Ausschreibung erfolgt unter ausdrücklichem Vorbehalt der Bewilligung des für das Vorhaben erforderlichen Projektierungskredites durch die zuständige politische Behörde.

4 Ausschreibende Stelle

Ausschreibende Stelle ist die **Stadt Zürich**, vertreten durch:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich
Klärwerk Werdhölzli
Bändlistrasse 108, Postfach
8010 Zürich

5 Projektorganisation



Projektleiter ERZ: Herr Philipp Harz, E-Mail: philipp.harz@zuerich.ch

Stv. Projektleiter ERZ: Herr Daniel Howald, E-Mail: daniel.howald@zuerich.ch

6 Aufbau der Ausschreibungsunterlagen

Bestandteile	Bezeichnung
TEIL A	Allgemeine Angaben zur Ausschreibung
TEIL B	Vertragsentwurf mit Leistungsbeschreibung
TEIL C	Formblätter

Der Teil A beinhaltet Informationen zum Ausschreibungsverfahren, die beim Anbietenden verbleiben und nicht Teil des einzureichenden Angebotes sind.

Der Teil B umfasst die vertraglichen Bedingungen und den Leistungsbeschreibung der Planerleistungen und stellt das Basisdokument der Vertragsunterlagen dar.

Der Teil C umfasst einzelne Formblätter, welche vom Anbietenden auszufüllen und dem Angebot beizufügen sind.

7 Vorgaben für ein Angebot

7.1 Rückfragen

Rückfragen zu dieser Ausschreibung können bis am Mo., 25. Oktober 2021 über das SIMAP-Forum gestellt werden. Die Fragen werden am Fr., 29. Oktober 2021 im SIMAP-Forum beantwortet und sind damit allen interessierten Anbietern, welche die Ausschreibungsunterlagen heruntergeladen haben, zugänglich.

7.2 Angebotsabgabe und Abgabetermin

Jedes Angebot muss bis spätestens am **12.11.2021, 12:00 Uhr** an der nachstehend genannten Adresse eintreffen. **Das Datum des Poststempels ist nicht massgebend!**

Das Angebot ist gemäss Vorgaben in nachstehender Ziffer 8 in verschlossenem Umschlag oder Paket mit folgender Anschrift und dem gut sichtbaren Vermerk **«Nicht vor Ende der Angebotsfrist öffnen»** zu versehen und einzureichen an:

Stadt Zürich

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich

EINKAUF

Angebot: Sub 673 «PKZ – Phosphorrecycling Kanton Zürich»

Bändlistrasse 108, Postfach

8010 Zürich

Werden die Angebote persönlich überbracht, können diese bei der Portierloge an der oben genannten Adresse gegen Quittung abgegeben werden. Auch hier gilt, dass das Angebot innert der oben genannten Frist abgegeben sein muss.

7.3 Angebotsöffnung

Die Öffnung der Angebote erfolgt am 15.11.2021 um 14 Uhr und ist nicht öffentlich.

7.4 Unternehmervarianten

Unternehmervarianten sind nicht zugelassen.

7.5 Teilangebote

Teilangebote sind nicht zugelassen.

7.6 Arbeitsgemeinschaften (ARGE)

Angebote von ARGE sind nicht zugelassen.

7.7 Subplaner

Subplaner sind zugelassen. Sieht der/die Anbieter/in den Beizug von Subplanern vor, so hat er für jedes Subunternehmen ein Formular (TEIL C, Formblätter F3 und F4) auszufüllen.

Erfüllen die genannten Subplaner nach begründeter Einschätzung (z.B. bei Verletzung von zwingenden Bestimmungen) der Vergabestelle die Anforderungen oder Bedingungen nicht, kann die Vergabestelle das Angebot grundsätzlich vom Verfahren ausschliessen

7.8 Sprache und Angebotsunterlagen

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Die Projektabwicklung erfolgt in deutscher Sprache. Es wird deshalb vorausgesetzt, dass Schlüssel- und Referenzpersonen so gewählt werden, dass sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind.

7.9 Bindefrist

Der/Die Anbieter/in bestätigt, dass er/sie ab Angebotsabgabe mindestens für sechs Monate ab Datum der Einreichung des Angebots an sein/ihr Angebot gebunden bleibt. Die Gültigkeit verlängert sich um die Dauer eines allfälligen Beschwerdeverfahrens und 60 Tage darüber hinaus. Sämtliche Unterlagen und Angaben sind vertraulich und werden vertraulich behandelt.

7.10 Entgeltlose Offertstellung

Der/Die Anbieter/in übernimmt alle Kosten, die mit der Ausarbeitung und Einreichung seines/ihrer Angebotes verbunden sind. Die ausschreibende Stelle ist in keinem Fall verpflichtet, Kosten zu übernehmen, wie auch immer der Zuschlag ausfällt.

7.11 Begehung

Es findet keine Begehung statt.

8 Aufbau des Angebotes und der Beilagen

Das Angebot muss zwingend gemäss nachstehendem Inhaltsverzeichnis mit folgenden Unterlagen eingereicht werden (1-fach in schriftlicher Form, dazu einmal komplett in digitaler Form im PDF-Format auf einem USB-Stick):

Nr.	Was	Inhalt
I	Anschreiben	Begleitbrief
II	TEIL C	<u>Ausgefüllte Formblätter:</u> F1 – Offerteingabeformular F2 – Erklärung des/r Anbieters/in F3 – Selbstdeklaration / Bestätigung der Anbietenden F4 – Angaben zum/r Anbieter/in F5 – Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich F6 – Firmenreferenzen F7 – Schlüsselpersonen F8 – Formblatt Kosten
III	Offertbeschrieb des/der Anbieters/in	Detaillierter Offertbeschrieb des/r Anbieters/in Unternehmensorganigramm Projektorganigramm mit Schlüsselpersonen

Bitte achten Sie darauf, dass sämtliche Formblätter vollständig ausgefüllt, datiert, wo nötig dokumentiert und rechtsgültig unterzeichnet sein müssen!

9 Bedingungen / Eignungskriterien

Zu spät eingetroffene, nicht vollständig ausgefüllte oder nicht handschriftlich unterzeichnete Angebote werden gleich wie solche, bei denen massgebende Unterlagen und Beilagen fehlen, gestützt auf § 4 a Abs. 1 BeiG (LS 720.1), vom Verfahren ausgeschlossen. Dasselbe gilt, wenn Bedingungen gemäss Ziffer 9 nicht erfüllt sind. Die Bedingungen gemäss Ziffer 9 müssen erfüllt sein, damit ein Angebot nach den Zuschlagskriterien gemäss Ziffer 10 bewertet wird.

9.1 Offerteingabeformular

(TEIL C, Formblatt F1)

Das Formblatt F1 ist vollständig auszufüllen und von dem/der Anbieter/in rechtsgültig zu unterzeichnen.

9.2 Erklärung des/r Anbieters/in

(TEIL C, Formblatt F2)

Das Formblatt F2 ist von dem/der Anbieter/in rechtsgültig zu unterzeichnen.

9.3 Selbstdeklaration / Bestätigung der Anbietenden

(TEIL C, Formblatt F3)

Das Formblatt F3 ist von dem/der Anbieter/in rechtsgültig zu unterzeichnen. Sieht der/die Anbieter/in zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen Subunternehmen vor, so ist von jedem einzelnen dieser Subunternehmen ebenfalls ein Formblatt F3 vollständig auszufüllen, rechtsgültig zu unterzeichnen und entsprechend dokumentiert einzureichen.

9.4 Angaben zum/r Anbieter/in

(TEIL C, Formblatt F4)

Das Formblatt F4 ist von dem/der Anbieter/in vollständig auszufüllen und rechtsgültig zu unterzeichnen. Werden zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen Subplaner benötigt, so ist für jedes einzelne dieser Subunternehmen ebenfalls ein Formblatt F4 vollständig auszufüllen, rechtsgültig zu unterzeichnen und entsprechend dokumentiert einzureichen.

9.5 Verhaltenskodex

(TEIL C, Formblatt F5)

Der «Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich» ist auf der letzten Seite zu datieren und von dem/der Anbieter/in rechtsgültig zu unterzeichnen und dem Angebot beizulegen.

9.6 Firmenreferenzen

(TEIL C, Formblatt F6)

Der/die Anbieter/in hat den Nachweis zu erbringen, dass er/sie bereits Erfahrungen mit der Erstellung von Studien für den Neubau von Industrieanlagen besitzt.

Mindestens ein Referenzauftrag muss eine verfahrenstechnische Studie für Industrieanlagen sein, das heisst eine Evaluation von verschiedenen technischen oder chemischen Verfahren mit abschliessender Ermittlung des bestgeeignetsten Verfahrens. Der zweite Referenzauftrag kann ebenfalls eine verfahrenstechnische Studie sein oder eine Studie zur Standortermittlung für den Neubau einer Industrieanlage.

Hierfür gibt der/die Anbieter/in zwei Firmenreferenzaufträge mit vergleichbarem Leistungsumfang zu der ausgeschriebenen Leistung an. Die Referenzaufträge wurden durch eine der vorgesehenen Schlüsselpersonen bearbeitet. Der/die Anbieter/in hatte in den Referenzaufträgen jeweils die federführende Rolle. Der Abschluss der Ausführung der Referenzaufträge darf nicht länger als 10 Jahre seit dem Angebotsdatum zurückliegen.

10 Zuschlagskriterien

10.1 ZK1 Angebotspreis (Gewichtung 50%)

(TEIL C, Formblatt F1)

Bewertet wird der offerierte Angebotspreis gemäss Formblatt F1, Angebotspreis exkl. MwSt. Das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis erhält die maximale Punktzahl von 5 Punkten. Die Preisspanne beträgt 50%, d.h. Angebote, die 150% des niedrigsten Angebotes nicht überschreiten, werden linear gegen 1 Punkt absteigend bewertet. Das ausgefüllte Formblatt F9 ist ebenfalls einzureichen.

Die maximale gewichtete Punktesumme beträgt 250 Punkte ($5 \times 50\% \times 100 = 250$ Punkte) und die minimal gewichtete Punktesumme 50 Punkte ($1 \times 50\% \times 100 = 50$ Punkte).

10.2 ZK2 Erfahrung Schlüsselpersonen (Gewichtung 45%)

(TEIL C, Formblatt F7)

Der/die Anbieter/in gibt im Formblatt F7 die vorgesehenen Schlüsselpersonen (Projektleiter/in und Stv. Projektleiter/in) an.

Für die vorgesehenen Schlüsselpersonen (Projektleiter/in und Stv. Projektleiter/in) ist je ein mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbares, persönliches Referenzprojekt anzugeben. Die Vergleichbarkeit ist durch den Anbietenden nachzuweisen, indem die erbrachten Leistungen mit Bezugnahme auf die ausgeschriebenen Leistungen erläutert werden.

Der Abschluss des Referenzprojekts darf nicht länger als 10 Jahre seit dem Angebotsdatum zurückliegen. Die Referenzprojekte der Schlüsselpersonen müssen nicht zwingend bei der anbietenden Firma geleistet worden sein. Es dürfen auch die Referenzprojekte aus dem Eignungskriterium "Firmenreferenzen" nochmals verwendet werden.

Unterkriterium Erfahrung (60%)

Als Basis für die Bewertung werden verfahrenstechnische Studien für Industrieanlage oder Standortevaluationen für den Neubau von Industrieanlagen angesetzt.

Die maximale Punktzahl kann nur erreicht werden, wenn als Referenzprojekte Studien für Phosphorrecyclingverfahren/-anlagen angegeben werden.

Unterkriterium Qualität (40%)

ERZ wird Referenzauskünfte bei den Auftraggebern der Referenzaufträge einholen und bewertet diese qualitativ (Qualitätserfüllung, Termine, Engagement, Zusammenarbeit, Kommunikation). Die Auskunftspersonen müssen in deutscher Sprache Auskunft geben können.

Die Referenzen werden je mit 1 bis 5 Punkten bewertet. Die Referenz des/r Projektleiters/in geht zu 66.7% und die Referenz des/r Stv. Projektleiters/in zu 33.3% in die Bewertung ein.

Die maximale gewichtete Punktesumme beträgt 225 Punkte ($5 \times 45\% \times 100 = 225$ Punkte) und die minimal gewichtete Punktesumme 45 Punkte ($1 \times 45\% \times 100 = 45$ Punkte).

10.3 ZK3 Anteil Lehrstellen (Gewichtung 5%)

(TEIL C, Formblatt F4)

Bewertet wird beim Zuschlagskriterium Lehrlingsausbildung das prozentuale Verhältnis Lernende/Vollzeitstellen gemäss den Angaben aus dem Formblatt F4. Beim Erreichen eines Lehrlingsanteils von 5% wird die Maximalpunktzahl von 5 Punkten erteilt. Anbieter ohne Ausbildungsplätze erhalten 1 Punkt. Dazwischenliegende Werte werden linear absteigend bewertet (geschlossene Skala).

Die maximale gewichtete Punktesumme beträgt 25 Punkte ($5 \times 5\% \times 100 = 25$ Punkte) und die minimal gewichtet Punktesumme 5 Punkte ($1 \times 5\% \times 100 = 5$ Punkte).

11 Zuschlag

Das Angebot mit der höchsten erzielten Punktesumme (gewichtet) erhält den Zuschlag.

Die maximale erreichbare Punktesumme beträgt 500 Punkte und die minimale Punktesumme beträgt 100 Punkte.

12 Arbeitsschutz, Gesamtarbeitsverträge

Es ist Sache des/r Anbieters/in, im Falle des Zuschlags, bei den zuständigen Behörden allfällige erforderliche Bewilligungen, insbesondere Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte einzuholen. Die entsprechenden Bewilligungen sind ERZ auf Verlangen vorzulegen.

Der/Die Anbieter/in verpflichtet sich, für Leistungen in der Schweiz, die am Ort der Leistung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die entsenderechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

Er/Sie erklärt, gesetzliche Sozialabgaben und Versicherungsbeiträge sowie die übrigen Beiträge gemäss allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen und/oder Rahmenarbeitsverträgen, sofern vorhanden, geleistet zu haben. Des Weiteren verpflichtet sich der/die Anbieterin, für Leistungen in der Schweiz die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit einzuhalten. Zieht der/die Anbieter/in zur Vertragserfüllung Dritte bei, hat er/sie diese schriftlich zu verpflichten, insbesondere die vorgenannten Grundsätze ebenfalls einzuhalten und sie allfälligen weiteren Unterlieferanten ebenfalls weiter zu überbinden. Er/Sie beachtet beim Beizug Dritter seine/ihre Sorgfaltspflichten, welche ihm/ihr durch Art. 5 des Entsendegesetzes (EntsG, SR 823.20) sowie Art. 8b und 8c der Entsendeverordnung (EntsV, SR 823.201) auferlegt werden.

Auskünfte erteilt das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), Arbeitnehmerschutz (Arbeitsinspektorat), Nansenstrasse 16, 8090 Zürich (www.vd.zh.ch, E-Mail as@vd.zh.ch).

13 Anerkennung der Ausschreibung

Mit der Abgabe des Angebotes anerkennt der/die Anbieter/in die Bedingungen dieser Ausschreibung und bestätigt ferner, dass ihm/ihr alle Informationen, Daten und Angaben für die Kalkulation der ausgeschriebenen Leistungen bekannt sind. Es ist Sache der/s Anbieters/in, sich allfällige zusätzliche Informationen zu beschaffen, die für die Abgabe eines Angebotes erforderlich sind.

Fehlen dem/r Anbieter/in Informationen, welche die ausschreibende Stelle erbringen kann, ist er/sie gehalten, diese Informationen im Rahmen der Fragerunde (Ziff. 7.1) anzufordern.

14 Urheberrechte

Der/Die Anbieter/in wird darauf hingewiesen, dass verschiedene Dokumente dieser Ausschreibung (insbesondere Pläne, Berichte) urheberrechtlich geschützt sind. Derart geschützte Dokumente dürfen durch die Anbieter/innen zu keinen anderen Zwecken als zur Ausarbeitung eines Angebotes benutzt werden.

15 Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Schweizerisches Recht ist sowohl auf dieses Verfahren als auch auf den abzuschliessenden Vertrag anwendbar.

Für die Beurteilung von Streitigkeiten sind die ordentlichen Gerichte zuständig.

Als Gerichtsstand gilt Zürich.

16 Weitere Beschaffungen / Folgeaufträge

Die ausschreibende Stelle behält sich das Recht vor, neue gleichartige Aufträge, welche sich auf den vorliegenden Grundauftrag beziehen, gemäss § 10 Abs. 1 lit. g der Submissionsverordnung (LS 720.11) an die gleiche Anbieterin zu vergeben.

17 Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Ausschreibung kann innert 10 Tagen, von der Publikation an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Freischützgasse 1, Postfach, 8090 Zürich, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift ist im Doppel einzureichen, sie muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Die angefochtene Ausschreibung ist beizulegen. Die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizulegen.